

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

197 Arbeiterparteilerner.

London, 10. Dezember. (CP.) Es sind drei weitere Resultate bekannt geworden. Die Konservativen haben bis jetzt 202, die Liberalen 149, die Arbeiterpartei 197 und die kleinen Parteien 9 Sitze. Der konservative Propagandachef erklärte den Zeitungen, daß die unerwartet große Niederlage der Konservativen den Frauen zuzuschreiben sei, die von Gerüchten über eine bevorstehende Lebenshaltungserhöhung erschreckt worden seien. (Diese „Gerüchte“ waren die konservativen Schutzreden. Red.)

Die Arbeiterpartei zur Regierungsbildung bereit.

London, 9. Dezember. (WZ.) Ramsay MacDonald erklärte in einer Unterredung zu der Frage, ob die Arbeiterpartei ihren Sieg zu einem logischen Abschluß bringen und die Regierung zu übernehmen bereit sein würde: Natürlich! Koalitionen seien von der Arbeiterpartei immer als eine unangenehme Sache angesehen worden. Die Frage, ob er bereit sei, an einer Koalition teilzunehmen, sei Sache der Arbeiterpartei als Ganzes und könne daher von ihm persönlich nicht entschieden werden. Grundsätzlich seien Koalitionen unangenehm, sie führten zu Handlungen, die manche Leute als politische Unethik bezeichnen könnten.

ParteiSekretär Henderson sagte, die Führer der Arbeiterpartei würden wahrscheinlich Ende der Woche zur Besprechung der Haltung der Partei zusammentreten.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ führt in einem „Weshalb nicht eine Arbeiterregierung?“ überschriebenen Leitartikel aus, es werde besser sein, wenn die Arbeiterpartei erklärte, wir wollen die Regierung übernehmen, wir sind die einzige Partei, die eine Arbeitslosenpolitik und die eine auswärtige Politik hat, wir wollen das Amt übernehmen, und wir wollen die anderen Parteien mit unseren Forderungen herausfordern. Wenn sie sie ablehnen, dann können wir sie nicht durchführen. Wenn die Zeit für einen Appell an das Volk kommt, werden wir zeigen, was wir für das Gute des Volkes versucht haben. „Daily Herald“ erklärt zum Schluß, es könne an keinen Tauschhandel mit irgendeiner anderen Partei wegen Unterstützung gedacht werden, keinerlei Arbeitsvereinbarung könne erwogen werden.

London, 10. Dezember. (CP.) In einer Versammlung der Arbeiterpartei in Canning Town bei London forderten alle Redner sofortige Einberufung des Parlaments, damit es sich mit der Lösung der Arbeitslosenfrage befasse. Abg. Thorne teilte

mit, daß er in einem Briefe an MacDonald und Caines darauf bestanden habe, sofort das Parlament einzuberufen und nicht bis zum 2. Januar zu warten.

Frankreich soll einsenden!

Paris, 10. Dezember. (WZ.) Ramsay MacDonald erklärte dem Sonderberichterstatter des „Main“, er könne nicht verschweigen, daß augenblicklich das englische Volk Frankreich gegenüber nicht günstig gesinnt sei. Es wäre eine Kleinigkeit, die öffentliche Meinung in Großbritannien gegen Frankreich aufzuheben. Er wüßte, daß die führenden Politiker Frankreichs sich davon überzeugen, daß Frankreich durch freundschaftliche Verhandlungen den Versuch machen müsse, zu einem Einverständnis zu gelangen. Eine Frage, die in kürzester Zeit gestellt werden würde, sei die der französischen Schuld gegenüber Großbritannien. Alle französischen Statistiken zeigten, daß Frankreich gedeihe. Das englische Volk frage sich deshalb, warum es nicht bezahle, was es schuldig sei, da die Engländer doch ihre Schuld bei den Vereinigten Staaten beglichen. Frankreich könne sich rühmen, keine Arbeitslosen zu haben. Es schreie aber, daß es sich nicht Rechenschaft davon abgebe, daß England nicht so glücklich sei. In England glaube man, daß Frankreich kein offenes Spiel treibe und daß es eine als epistilisch empfundene Politik verfolge. Gewisse Reden Polincars hätten den schlechtesten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Es gäbe kein Volk auf der Welt, mit dem man befreundet bleiben könne, wenn man mit ihm nicht einig sei. Nach der Ansicht der englischen Arbeiter sei das Ruhrunternehmen Frankreichs vollkommen unannehmbar. Wenn Frankreich die Entente aufrechterhalten wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Wahlbeteiligung und Kostenverschuh.

London, 10. Dezember. (CP.) Nach einer gestern veröffentlichten Statistik haben sich an den englischen Wahlen 71 Proz. der wahlberechtigten Bevölkerung beteiligt. In London betrug die Wahlbeteiligung 60 Proz. — In England muß jeder Parlamentarier 100 Pfund Sterling deponieren, die nach den Wahlen wieder zurückerstattet werden; es sei denn, der Kandidat erhält nicht mindestens ein Viertel der in seinem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Hierdurch sind 30 Kandidaten betroffen, davon 18 Arbeiterparteilerner und 8 Liberaler.

Rentenmark und Goldgehälter.

Aus Beamtentreisen wird uns geschrieben:

Daß die Umstellung der Löhne und Gehälter auf Goldbasis dadurch, daß sie den Schleier der Inflation auszuweichen, erstmals ein deutliches Bild von der erschreckenden Beringfügigkeit der Entlohnung schaffender Arbeit in Deutschland zeigen würde, war zu erwarten. Kaum ein Arbeitnehmer jedoch wird geglaubt haben, daß man bei dieser Gelegenheit versuchen werde, ihm ein neues Opfer an Einschränkung seiner Lebenshaltung auszubringen. Was wir jedoch bisher in der Frage der Goldlöhne und -gehälter erlebt haben, läuft auf nichts anderes hinaus, als daß in Zeiten daniederstehender Wirtschaft und weit über das Weltmarktniveau hinaus erhöhter Goldpreise die Kosten der „Sanierung“ von der großen Masse des arbeitenden und verbrauchenden Volkes getragen werden sollen.

Auch vor den Beamten macht dieser Versuch nicht Halt. Die Reichsregierung hat in den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen Goldgehälter in Vorschlag gebracht, die selbst unter den größten Einschränkungen die Existenzmöglichkeit für die unteren Gruppen in keiner Weise mehr gewährleisten. Hinzu kommt, daß diese Gehälter trotz der steigenden Goldpreise nicht mehr wie bisher in gewissen Abständen der Teuerung angepaßt werden sollen. Die vorgeschlagenen Gehaltsätze betragen monatlich:

Gruppe	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	XIII.
	47,50 bis 63,50	62,50	68,—	67,—	78,50	86,50	115,—	135,—	157,50	187,50	217,50	255,—	312,50
		70,—	77,50	89,50	104,50	124,50	155,—	180,—	210,—	250,—	290,—	340,—	412,50

Hierzu kommen noch Ortszuschläge von 10 bis 25 M. monatlich, die sich in fünf Ortsklassen nach unten hin abstufen, sowie ein Frauenausschlag von 7 M. und Kinderzuschläge von 11, 12½ und 14 M. monatlich.

Die Vertreter der Reichsregierung bestreiten selbst nicht die Anzulänglichlichkeit der Beträge. Sie motivieren sie aber damit, daß die strikte Notwendigkeit bestehe, mit den zurzeit äußerst geringen Goldinnahmen und dem Rentensankt von 900 Millionen Goldmark auszukommen. Wesentliche wertvolle Steuereingänge seien erst im nächsten Frühjahr zu erwarten. Trifft dies zu, so heißt das, daß das Reich unter Verzicht auf eigene Finanzquellen ausschließlich Kostgänger der Rentenkasse bzw. der diese tragenden Kreise geworden ist, und daß die Beamten und sonstigen öffentlichen Arbeitnehmer ebenfalls auf die Gnade dieser Kreise angewiesen sind. Vertrat man doch gesprächsweise im Reichsfinanzministerium die Ansicht, daß es vielleicht fruchtbringender für das Reich sei, einmal für eine gewisse Zeit überhaupt keine Steuern zu erheben, da die gegenwärtigen Steuern, selbst wenn sie auf Grund der Aufwertungsmaßnahmen auf einen Goldfuß erhöht werden, doch durch die spätere Entwertung wieder wertlos gemacht würden.

Wenn der Vertreter des Landbundes im Ausschussrat der Rentenbank, Herr Hilger, meinte: „In Zukunft werden die Gelder diejenigen bewilligen, die sie zahlen“, so soll zwar nicht gelagt werden, daß dies auch die Auffassung der Vertreter des Reichsfinanzministeriums ist. In Wirklichkeit aber ist das Reich bereits der Kostgänger dieser Kreise. Es zeigt sich jetzt, mit wie großem Recht der Allgemeine Deutsche Beamtentbund seinerzeit vom Standpunkt der Beamten, wie übrigens auch vom allgemeinen staatspolitischen Gesichtspunkt aus, verlangt hatte, daß bei Durchführung der Währungsreform eine Abhängigkeit des Reichs von privatkapitalistischen Interessentenkreisen vermieden werden müsse. Erst kürzlich ist an dieser Stelle zahlenmäßig nachgewiesen worden, wie gering die Einnahmen des Reichs aus einer großen Zahl von Steuergebern sind. Dieser Zustand wird beinahe wie ein Fatum hingenommen; die Beamten und öffentlichen Arbeitnehmer jedoch müssen sich in die von der Wirtschaft bewilligten Kredite teilen, ohne daß auf ihre Existenzmöglichkeit Rücksicht genommen wird.

Den Gedanken, durch Steuern zahlen dem Staate zu geben, was des Staates ist, wollen diese Kreise immer noch nicht ernsthaft verwirklichen. Krasser hat sich die gegenwärtige innerpolitische und wirtschaftliche Gruppierung der Mächte und Interessengegensätze wohl kaum gezeigt als in dieser Frage. Wie weit man durch Ausübung dieses finanziellen Druckes auf das Reich bei Herabdrückung der Lebenshaltung der Beamten glaubt gehen zu können, möge folgendes Beispiel zeigen: Ein Amtsgehilfe (Gruppe II mittlere Stufe) soll nach dem Regierungsentscheid mit Frau und zwei Kindern rund 100 M. im Monat erhalten. Nach der beabsichtigten Reform der Einkommensteuer würde er hiervon 5 Proz. Steuern zu zahlen haben; verblieben also noch 95 M. Die Kosten des Ernährungsbedarfs für eine solche viertöpfige Familie betragen in Berlin nach dem Stande des 19. November 81,50 M. monatlich. Für Heizung, Beleuchtung, Kochen, Bekleidung, Miete und sonstige Ausgaben ist hierin noch kein Betrag enthalten. Sollen alle diese Erfordernisse von den restlichen 10,50 M. bestritten werden? Allein die Ausgaben für Brot erfordern mindestens 18 bis 20 M. monatlich.

Rhein und Ruhr.

Nach der Verständigung.

Paris, 10. Dezember. (WZ.) Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, eine Anzahl von Einschränkungsmaßnahmen rückgängig zu machen, die in der Zeit des passiven Widerstandes getroffen worden sind. Vor allem seien zurückgezogen worden die Verordnung über die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs, gewisse Einschränkungen des Lastverkehrs sowie die Verpflichtung der Gemeinden zur Ueberwachung der Eisenbahnübergänge zu ebener Erde. Die neue Verordnung gehe Hand in Hand mit den Maßnahmen, die die militärischen Befehlshaber im Ruhrgebiet ergriffen hätten.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind bis gestern im ganzen 192 Ausweisungsbefehle zurückgezogen worden. 105 betrafen Privatpersonen, 87 Gemeinden, Post-, Zoll- und Verwaltungsbeamte. Von Strafurteilen wurden 69 aufgehoben, davon betrafen 35 Industrielle, 6 Arbeiter oder Angehörige, 22 Beamte. Gestern ist die Aufhebung von weiteren zehn Strafurteilen unterzeichnet worden, von denen 8 Industrielle und 2 Beamte betroffen.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist die Kohlenförderung der Bergwerke im Bezirk Aachen in der vorigen Woche um 20 Prozent gestiegen. Auf der Grube Dohlbach habe sich die Förderung innerhalb von 14 Tagen verdoppelt. Bei Krupp habe die Kohlenförderung die Kohlerzeugung um ein Drittel überschritten. In den Kohlerieen des Konzerns Stinnes seien 100 Hochöfen wieder in Betrieb gesetzt worden (40 auf Grube Tremonia, 60 auf Grube Erich und 60 auf Grube Hansa). Ferner 30 Defer bei Harpenax, 70 bei Hölch und 60 auf der Grube Mont Genis.

Die Internationale Arbeiterhilfe.

Dieses stark kommunistisch beeinflusste Unternehmen stellt gestern in Berlin einen Konvok ab, der eine parteiinternationale Bewegung aufbaue. Mit Rücksicht auf den humanitären Zweck hatten sowohl das Reich wie auch der Berliner Magistrat und verschiedene ausländische Gewerkschaften Vertretungen geschickt. Das gleiche seien das Internationale Rote Kreuz und der Berliner Hauptauswahlschuss für Arbeiterwohlfahrt. Die Leitung lag in den Händen der Genossen Mathilde Wurm und des Berliner Generalsekretärs Willy Münzenberg von der IAH.

Das Hauptreferat Münzenbergs über die Not in Deutschland und die Aufgabe der IAH, kam zu dem Ergebnis, daß in Deutschland jetzt ein größerer Kreis von Personen als vor Jahren in Rußland von Mangel und Entbehrung bedrückt werde. Wirkliche Hilfe sei erst von einer Renaissance des internationalen Wirtschaftslebens zu erwarten, aber die IAH, wolle durch sofortige Einreichung wenigstens Linderung bringen. Der Redner erwähnte, daß Tausende französischer Arbeiter, ebenfalls Kriegsgefangene, sich erboten haben, deutsche Kinder bei sich aufzunehmen. (Stürmischer Beifall.) Aber Polincare wolle den Kindern die Einreise verweigern. Internationale Solidarität werde die zwischen den Völkern künstlich aufgerichteten Barrieren beseitigen.

Dr. Helene Söder gab ein Bild von der Not der Frauen, der werdenden Mütter und der heran-

wachsenden Kinder. Vom Standpunkt des Arztes beleuchtete Dr. Klauer die Ursachen und Wirkungen des Elends. Nahrung sei heute das wichtigste Heilmittel. Dr. Wilsons Baquet sprach über die Bedrängnis der Intellektuellen, Karl Lieb über die Not der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Johannes Lüneburg für die Arbeitslosen. Karl Grünbaum sprach für den Mittelstand.

Der Reichstagsabgeordnete von Edo Firmenich sprach über die Gewerkschaften und die Aufgabe der IAH. Er betonte, über diesen Gegenstand nicht als Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung sprechen zu können und bekämpfe das Mißtrauen großer Teile der organisierten Arbeiterklasse gegen die IAH, die ihnen als kommunistische Maschinenart gelte.

Nach weiteren Ansprachen endete der Kongress mit der einstimmigen Annahme eines Manifestes, das zum Kampf gegen den Hunger in Deutschland aufruft.

Zusammenkünfte in Aachen gab es zwischen Königsreuen und Republikanern. Zwei Tote und mehrere Verwundete sind zu verzeichnen.

Weiterer Zusammenbruch.

Börsenstimmung „lustlos“ — Kurse unverändert!

Die Börse zeigte auch bei Beginn der neuen Woche eine außerordentlich lustlose Tendenz und nur geringes Geschäft. An die in letzter Zeit bekanntgewordenen Insolvenzen reißen sich heute wieder die Zusammenbrüche von zwei kleinen Bankgeschäften und Zahlungsschwierigkeiten bei einer Walfirma. In letzterem Falle ist bereits eine Stillung vorgenommen worden. Wenn es sich dabei auch nur um unbedeutendere Firmen handelt, so rufen doch diese fortgesetzten Insolvenzen an der Börse ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit und des Mißtrauens hervor. Man ist der Meinung, daß der Reinigungsprozeß noch nicht vollkommen abgeschlossen sei, insbesondere verweist man darauf, daß auch im Warenhandel durch die starken Preisrückgänge der letzten Tage enorme Verluste entstanden sind, die vielleicht noch zu unangenehmen Ueberrollungen führen können. Da überdies die Feiertage nahe bevorstehen, die eine ziemlich lange Unterbrechung des Börsenverkehrs bringen, ist die Spekulation absolut nicht geneigt, die ermäßigten Kurse zu Rückkäufen größeren Stils auszunutzen. Es kommt hinzu, daß für die nächsten Tage die Veröffentlichung der Steuerordnung erwartet wird.

Am Geldmarkt herrschte heute ein ziemlich reiches Angebot bei Sätzen von ¼ bis 1 Proz. Im Devisenverkehr bemerkte man ein erhebliches Nachlassen der Nachfrage. Die amtlichen Notierungen erfolgten heute auf der bisherigen Basis, wobei die wichtigsten Devisen mit 3 Proz. zuteilt wurden. Außerordentlich stark war das Angebot in wertbeständigen Anleihen, sogar in Goldanleihen und Dollarschätzen überwogen die Abgaben bei weitem. Die Kurschwankungen am Effektenmarkt waren trotz der wenig günstigen Stimmung nicht allzu groß, da ja bereits in der Vorwoche bedeutende Abschlüsse erfolgt sind.

Derartige Zahlen und die Zumutung an die Beamtenschaft, mit solchen Beträgen ihr Dasein zu fristen, bedeuten eine neue Kapitulation des Staates in seiner Finanzpolitik vor dem privaten Kapital. Wenn aber schon die einfache Verteilung der Rentenbankkredite der Weisheit letzter Schluss ist und wenn, wie erklärt wurde, das Auskommen mit den 900 Millionen Goldmark ohne nennenswerte Zuschüsse aus steuerlichen Einnahmen die letzte Möglichkeit zur Rettung der Reichsfinanzen und damit der Währung sein soll, so müßte man erwarten, daß in Zeiten solcher aufs höchste steigerten Not wenigstens eine gerechte Verteilung der der Beamtenschaft zugemuteten Lasten vorgenommen, in der Abstufung der Befoldungsstufe sich eine gewisse Verminderung des soviel gebrauchten Begriffs der Notgemeinschaft zeigen würde. Wie sieht es aber damit aus? Gerade den letzten Augenblick, wo den hungernden Massen ein solches Opfer auferlegt werden soll, hält man für geeignet, die Spannungen in den Besoldungsgruppen nach oben hin wesentlich zu erweitern. Die Gruppe XIII (Ministerialrat) z. B., die das vierfache Grundgehalt der Gruppe III (Schaffner) bezog, soll künftig einen Abstand von 100 zu 332 erhalten. Dementsprechend will man die Spanne nach oben sowie zwischen den beiden genannten Gruppen erweitern. Dies geschieht unter der Devise: Bessere Bewertung der qualifizierten Arbeit, ein Wort, gegen dessen richtig verstandenes Ziel nichts einzuwenden ist. Es muß z. B. als eine glatte Unmöglichkeit bezeichnet werden, dem Reichskanzler (wie in dem Regierungsvorschlag geschehen) nur ein Jahresgehalt von 15 000 M. und den Ministern ein solches von 13 500 M. zu bezahlen. Warum aber die Arbeit eines Ministerialrats nur dann richtig abgeköhnt sein soll, wenn dieser 5/3 mal so viel erhält wie der Schaffner, ist durchaus nicht einzusehen. Es kommt nicht auf die Spannungen, sondern auf die wirklichen Gehälter an. Was diese betrifft, so befreit kein Mensch, daß auch die höheren Beamtengruppen keineswegs auf Rosen gebettet sind. Eine bevorzugte Sonderbehandlung jedoch des Gros der höheren Gruppen ist auf keinen Fall angängig, solange man unten derartige Hungergehälter bezahlen will.

Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel Oesterreichs, wo eben jetzt auch eine Gehaltsreform vorgenommen wird. Dort stand beispielsweise bisher das Gehalt des Sektionschefs zu dem des Ausschüßdieners in einem Verhältnis wie 416 : 100. Diese Spannung soll jetzt auf 558 : 100 erweitert werden. In Deutschland erhielt bisher der Ministerialdirektor ungefähr das Sechsfache des Gehalts des Amtsgehilfen in der Gruppe II, und jetzt will man die Spannung auf zitta das Achtfache erweitern. In Oesterreich jedoch verringert sich das Defizit des Staatshaushalts, erhöhen sich die Einnahmen und können sogar einzelne Steuererlässe ermäßigt werden. In Deutschland dagegen soll nächstes Frühjahr mit dem Steuerzahlen begonnen werden, während man inzwischen von den Krediten der Wirtschaft lebt. In Oesterreich ist das wiedergegebene Spannungsverhältnis auf einer Grundlage aufgebaut, die dem unteren Beamten 109 Proz. seines Friedensnominalgehalts gewährt, während das Gehalt der unteren Gruppen in Deutschland nominell noch nicht mal drei Viertel des Friedensstandes erreicht hat. So beleuchtet diese Maßnahme, die zur „Sänierung“ beitragen soll, deutlich den Zusammenhang zwischen der offiziellen Regierungspolitik und den Bestrebungen jener „Wirtschaftskreise“, die ihre Schande heute in Deutschland gekommen glauben.

Beamte und Parteidisziplin.

Der Bezirksbeamtentag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins hat am 7. Dezember dem aus der Reichstagsfraktion am Tage vorher ausgeschlossenen Abg. Wilhelm Hoffmann-Schwargendorf mit schwacher Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Der Stadtdirektor des Genosse Jachert begründete den Vertrauensantrag damit, daß nicht Genosse Hoffmann Disziplinbruch begangen habe, sondern die Mehrheit der Reichstagsfraktion, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt habe. Er sei am Ab-

stimmungstage im Reichstag bei Hoffmann gewesen, und habe diesen im Auftrage der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft bestimmt, im Gegensatz zum Fraktionsbeschluss gegen das Ermächtigungsgesetz zu votieren.

Diese Stellungnahme des Bezirksbeamtentages ist im Interesse der Entmischung einer gesunden Beamtenschaft innerhalb der Partei außerordentlich bedauerlich. Die Beamten, welche doch in ihrem Beruf an Disziplin, teilweise sogar an strengste Disziplin gewöhnt sind, sollten in erster Linie dafür Verständnis haben, daß ohne Disziplin in Partei und Fraktion es überhaupt unmöglich ist, Politik zu treiben. Im Gegensatz hierzu findet es die Mehrheit des Beamtentages aber scheinbar ganz in der Ordnung, daß ein ihrem Beruf angehörendes Mitglied der Reichstagsfraktion während des offenen Kampfes zu den Gegnern, den Deutschnationalen und Kommunisten, überläuft. Ein Recht, das sich kein anderer Fraktionsgenosse herausgenommen hat, auch wenn er mit der Haltung der Fraktionsmehrheit nicht einverstanden gewesen ist. Hinzu kommt noch, daß dies nicht der erste Fall war, in dem Genosse Hoffmann glaubte, gegen die geschlossene Fraktion mit den Gegnern stimmen zu müssen. Keine sozialistische Fraktion wird dulden können, daß ein solcher Brauch einreißt; oder es ist um ihre Schloßkraft geschehen. Wir sind überzeugt, daß auch jeder einsichtige parteigenossische Beamte die Stellungnahme des Bezirksbeamtentages mit uns mißbilligen wird.

Sie wollen uns spalten!

Deutschnationale Vorbereitung des Wahlkampfes.

Die triumphierende Aeußerung des deutschnationalen Parteiführers Hergt, seine Fraktion habe durch ihr schlaues Verhalten „in die Sozialdemokratie den Spaltungskelch hineingetrieben“, wird von der deutschnationalen Presse wiedergegeben und kräftig unterrichtet. Man sieht daraus, welche Hoffnungen die schlimmsten Gegner der Arbeiterklasse auf die Diskussionen über die Haltung unserer Fraktion setzen, die in der Parteipresse und in den Mitgliederversammlungen begonnen haben.

Die Deutschnationalen wissen sehr genau, daß sie bei dem bevorstehenden Wahlkampf nur mit einem ersten Gegner zu rechnen haben: das ist die Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Splitter der Mitt sind für sie mehr Objekt des Kampfes als direkte Gegner, man will sie unterwerfen und zu Hörigen eines Bürgerblocks unter reaktionär-scharfmacherischer Führung machen, und dieses Unternehmen hat nur dann wirklich Aussicht auf Erfolg, wenn die Sozialdemokratie durch Spaltung geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgeht. Daß dabei die Kommunisten gewinnen würden, schreckt die Deutschnationalen gar nicht: gegen diese dummen Teufel, die den „bewaffneten Aufstand“ predigen, hat man Polizei, Militär und Selbstschutz. Die Zersplitterung der parlamentarischen Arbeitermacht in drei sich gegenseitig erbittert bekämpfende Fraktionen, rechte Sozialdemokratie, linke Sozialdemokratie und Kommunisten, sichert den Sieg der deutschnationalen Bürgerblock-Reaktion.

Solange die Kommunisten fortfahren, die Arbeiter durch sinnlose Parolen zu verwirren und mit Lüge und Betrug gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten, muß die von ihnen herbeigeführte Spaltung als ein unvermeidliches Verhängnis hingenommen und durch Aufklärung der Massen nach Möglichkeit beschränkt werden. Das Vorhandensein einer starken organisierten Arbeitermacht in den Parlamenten einheitlich vorgehenden Sozialdemokratie bedeutet für die Masse der schaffenden Bevölkerung die letzte Kraftreserve, und es wäre ein Verbrechen an ihr, auch diese noch durch Zersplitterung vergeuden zu lassen.

Die Frage, ob es richtiger war, die bürgerliche Regierung Marx auf Grund eines verfassungsmäßigen Befehles oder auf Grund des Ausnahmezustandes durch Art. 48 handeln zu lassen, interessiert nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Volkes, der sich mit allen Fragen politischer Taktik lebhaft beschäftigt, ist aber für die Massen verhältnismäßig gleichgültig.

Von größter Bedeutung aber ist es für sie, ob es den Deutschnationalen gelingt, Deutschland aufs neue unter das

Joch der Reaktion zu zwingen, oder ob dieser Plan an einem neuen Wahlsieg der Sozialdemokratie scheitern wird.

In wenigen Monaten, Wochen vielleicht, wird die Zeit reif sein, um die Wähler vor die Frage zu stellen, ob die Sanierung Deutschlands auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten erfolgen soll — wie es im Grunde alle bürgerlichen Parteien wollen — oder auf Kosten derer, die sich in Krieg und Nachkrieg auf Kosten der Massen schamlos bereichert haben. Es wird sich zeigen, ob Deutschland auf den Wegen der Demokratie und des sozialen Fortschritts vorwärts gehen und sich damit Freunde in der ganzen Welt gewinnen oder ob es durch Diktatur und Reaktion einer neuen moralischen Isolation, zugunsten und zur Freude des französischen Imperialismus entgegengehen will.

Dieser Kampf wird ausgefochten werden. Deutsch-national oder sozialdemokratisch? Das wird die Frage sein. Die Deutschnationalen wollen, daß sich die Sozialdemokratie bis dahin in Diskussionen über eine taktische Streiffrage innerlich zerreibt. Sie sprechen es selbst aus: sie wollen „den Spaltungskelch in die Sozialdemokratie hineintreiben“. An uns ist es, ob wir ihnen diesen Gefallen tun wollen oder nicht!

Verleumdungsklage gegen die „D.Z.“

„Militärische Träumereien am roten Kamin“.

Vollzugsbeamter und Leiter der Landespolizei Thüringen, Gen. Müller-Brandenburg, sendet uns folgende Erklärung:

1. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 568/569 vom 8. Dezember ist ein Artikel „Militärische Träumereien am roten Kamin“ erschienen, der sich mit meiner Person beschäftigt. Entgegen meiner mit meiner Wiederberufung zum Leiter der Landespolizei Thüringen ausgesprochenen Absicht, mich jeder politischen Betätigung zu enthalten, die ich auch bisher strikt eingehalten habe, zwingt mich dieser Aufsatz zu einer kurzen sachlichen Stellungnahme. Ich habe zu erklären: Die Einseitigkeit ist so gefehlt, daß aus ihr der Vorwurf klingt, ich hätte mit den kommunistischen Hunderttausenden in Beziehungen gestanden, ebenso mit dem französischen General Rollet. Ich werde deshalb wegen dieser Verleumdung Strafantrag stellen.

2. Weiter wird die Tatsache, daß ich im Herbst vergangenen Jahres dem Herrn Reichspräsidenten eine Denkschrift über die Reichswehrfrage überreichte, in der Wünsche in bezug auf die Personalpolitik des Reichsmehrministeriums gestellt wurden, in Zusammenhang gebracht mit der Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion des Thüringischen Landtags in bezug auf die Reichswehr, in der Forderungen aufgestellt worden sind, die vom militärischen Standpunkt aus nicht durchführbar sind. Ich habe hierzu zu erklären, daß ich mit der Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion im Thüringischen Landtag nicht das geringste zu tun habe, daß mir diese Entschließung erst durch die Presse bekannt geworden ist und daß ich schriftlich der Fraktion meinen einschließlichen Einspruch gegen diese Entschließung zur Kenntnis gebracht habe.

Eine weitere Diskussion über den ganzen Prozentkomplex lehne ich ab, da sich eine solche mit meiner Stellung als Polizeioffizier und Leiter eines großen Polizeibeamtenkörpers nicht vereinbart.

Universitäts-Frankfurt a. M. Der Hauptauschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich mit der Denkschrift über die Universitäts-Frankfurt a. M. Es wurde angenommen ein Antrag Dr. Hagelich (Soz.), das Staatsministerium zu ersuchen, feinerlei von Beständen des preussischen öffentlichen Bildungswesens gefährdenden Maßnahmen zu treffen ohne Anhörung des Preussischen Landtages.

Der neue deutsch-nordamerikanische Handelsvertrag ist abgeschlossen. Der Inhalt ist noch nicht bekannt.

Unter Bundesgenossen. Die rumänische Eisenbahn hat wegen Nichterhaltung der Eisenbahnkonvention durch die polnischen Behörden die Weiterbeförderung der aus Polen eingefahrenen Güterzüge eingestellt. Infolgedessen haben sich an der Grenze große Massen von Güterwaggons angehäuft. Der Verkehr ist vorläufig gänzlich unterbunden.

Lassalle und die Gräfin Hafffeldt.

Von Paul Kampffmeyer.

In ihrem zweiundfünfzigsten Geburtstag schrieb die Gräfin Sophie v. Hafffeldt an Lassalle: „Versprechen Sie mir, Sie mein einziger Freund, der einzige, der hinter allen diesen Verleumdungen mein wahres Wesen erkannt hat, daß Sie nach meinem Tode mich rechtfertigen wollen und daß auf meinem Grabe nicht die Beschuldigung lastet, die man mir während meines Lebens aufzubürden gewohnt hat. Ein früher Tod hat Ferdinand Lassalle den Mund verschlossen, aber das Versprechen, das ihm eine viel verehrte Frau auferlegte, hat Professor Gustav Mayer in seiner neuesten Publikation: Lassalles Briefwechsel mit Gräfin v. Hafffeldt (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin, Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin) in so festlich heftigster, menschlich-vornehmer Weise erfüllt, daß jetzt nur noch trübselige Niedertracht diesen einzigartigen Freundschaftsbund zweier Menschen mit dem Gossennamen der Verleumdung bewerkeln kann. Die Gräfin ist dem großen Agitator ein „Freund“ gewesen, ein mitstreibender Kampfgenosse, nie aber eine Geliebte. Ein reiner, mütterlicher Zug prägt sich oft in den Beziehungen der Gräfin zu Lassalle aus. Es entspricht dem wirklichen Wesen dieses Freundschaftsverhältnisses, wenn die Gräfin den jungen Revolutionär in ihren Briefen durchweg als „liebes Kind“ anspricht. Allerdings war dieses „Kind“ ein ausgereifter Mann, der willensstark keine „Mutter“ zu der geistigen Höhe emporzutrag, auf der die großen Kämpfe der „Idee des Arbeiterstandes“ mit den überkommenden Vorrechten der herrschenden sozialen Klassen ausgetragen werden. In den Briefen Lassalles an die Gräfin gewittert seine erotische Schwüle auf, in ihnen verbinden sich harte, starke Geister zu gemeinsamem Fortschritt gegen eine Welt der rückständigen Vorurteile.

In der Düsseldorf-er Zeit, in der Blüte des Lassalle-Hafffeldtschen Freundschaftsbundes, hatte Lassalle eine derb-stämmige Liebhabin mit Agnes Street-Kindworth, der Tochter eines diplomatischen Allerweltsphilips. Diesem Verhältnis entsprach eine Tochter, die nur wenige Monate alt wurde. Lassalle forderbe vollständigste Hingabe von der lebenden Frau, er selbst konnte aber nur „eine Stelle seines Wesens“ abtreten. Nicht die selbstbewusste Frau ist kein Ideal, sondern die Frau, die sich ganz seinem Willen fügt. Als er mit stürmischer Hast die Verheiratung mit Helene v. Dönitz betreibt und als ganz selbstverständlich die Mit Hilfe der Gräfin v. Hafffeldt zu diesem Zwecke anruft, schreibt er an diese folgende charakteristische Zeilen: „Ich bitte sehr, liebe Gräfin — dies einzige will ich Ihnen aus Herz legen —, erhalten Sie mir Helene ihr ganzes Leben hindurch in den unterwürfigen Gefinnungen, in denen sie jetzt ist und von denen mein ganzes Glück — und auch das ihre zum Teil — abhängt.“

Lassalle war eine stark eözaristische Natur, die von Freunden und Frauen straffe Unterordnung unter seinen eisernen Willen forderte. Dieser Zug seines Wesens hat wohl auch die Freundschaft mit der Gräfin etwas erkälten lassen. Der Briefwechsel läßt uns in harte Auseinandersetzungen Lassalles mit Sophie v. Hafffeldt hinstimmen.

Wenn sich später Lassalle in der Hochschiff mit Helene v. Dönitz selbst verlor, dann kündigt sich da schon das dämonische Wirken einer kuratibaren Krankheit an, an der Lassalle sicher, wenn ihn nicht der Pistolenschuß des Fürsten Radomig getötet hätte, nach ärztlichen Gutachten bald zugrunde gegangen wäre. Die Hauptschuld an dem Untergang Lassalles wälzt Dr. Gustav Mayer mehr „dunkleren Gewalten“ zu als den Charakterchwächen des großen Agitators. Ueber diese Krankheit (Syphilis) können uns die Briefe Lassalles vollständig auf.

Die Gräfin v. Hafffeldt ist der gute Kriegskamerad Lassalles gewesen. Sie feierte mit ihm seine Siege und trauerte mit ihm über seine Niederlage. Ueber die Stellung Lassalles zu Bismarck geben uns die Briefe Lassalles manche Aufschlüsse. Lassalle spricht am 27. September 1862 von dem „unerschöpflichen Bedarf“ der reaktionären Einheitsbestrebungen Bismarcks. „Auf reaktionären Boden läßt sich die deutsche Einheit nicht errichten“, so betont Lassalle; „dies ist die lächerlichste barocke Idee von allen!“ Von historischer Bedeutung scheint uns der Bericht der Gräfin Hafffeldt über die Weberdeputation bei Bismarck zu sein. (Brief vom 10. Mai 1864.)

Dr. Gustav Mayer bereichert mit seiner Publikation über den Lassalle-Hafffeldtschen Briefwechsel nicht nur unsere Kenntnis der tatsächlichen Beziehungen zweier hochstrebender historischer Persönlichkeiten, nein, er bringt mit dieser Veröffentlichung auch ein großes Stück der politischen und kulturellen Geschichte Deutschlands, die aus handschriftlichen Quellen unmittelbar geschöpft ist.

Steglicher Schloßpark-Theater. Kammerspielabend in Steglitz.

Auf dem Zettel steht: „Es wird gebeten, diesmal von Beifallsbezeugungen abzusehen.“ Eine überflüssige Bitte. Auch den nachsichtigsten Besuchern hätte dieser Kammerspielabend die Hände gelähmt, soweit sie nicht im Laufe der Bühnenergebnisse eingeschlagen waren. Im heißen Bemühen, seinem Publikum literarisch zu kommen, servierte ihm der Direktor nicht etwa wie andere Bühnenleiter Theaterstücke, sondern a) ein Gesicht der Seele, b) ein Leben in vier Bildern. Das Seelenstück heißt „Die große Stunde“, stammt von dem als Oberhaupt-Hauptmann-Berbeserer bekannten Karl Lietzsch und stellt ein philosophisches Gespräch zwischen zwei blinden jungen Deutschen dar, die sich haben operieren lassen, um sehend zu werden, es dann aber vorziehen, die Blinde vorzeitig von den Augen zu reißten und dann für ewig blind zu bleiben. Medizinisch ist die Angelegenheit nicht ganz klar und menschlich ist sie nur für Herrn Karl Lietzsch schütternd. Literarisch nicht so indiskutabel ist „Jungniel“ ein Leben in vier Bildern „Ruchpennig“. Dafür ist es aber nur literarisch. Der behutame Dichter Max Jungniel, der mit sanfter Schamkeit die kleinen Alltagsigkeiten flötet — hinter dem warmen Ofen zu lesen —, bringt hier Leben und Sterben eines faden, bitter-armen Mädchens, einer Art Hauptmannstochter Henneke, mit keiner trauten Pfeffertuchepoese, die für die Bühne ohne jedes Leben ist. Vielleicht wohnen dem Stück dramatische Werte inne. Bei der Vorstellung des Steglitzer Theaters ließ sich das aber nicht feststellen. Dgr.

Die neueste Gesundheitsstatistik. Die Zahlen für die Bevölkerungsbewegung der deutschen Großstädte im ersten Halbjahr 1923, die in der „Mittelschicht“ mitgeteilt werden, zeigen zwar eine Zunahme der Einwohnerzahl von 25,8 Millionen im Vorjahr auf 26,1 Millionen, aber eine weitere Geburtenabnahme. Die Zahl der Lebendgeborenen, berechnet auf 1000 Einwohner und volles Jahr, sank gegenüber dem Vorjahr von 20,7 auf 18,4. Die Gesamtsterblichkeit war niedriger als im Vorjahr und sank von 16,7 auf 14,7. Dagegen stieg die Tuberkulosesterblichkeit weiter, und zwar beträchtlich; von 1,9 auf 2,0, d. h. sie betrug 26 844 Todesfälle gegenüber 24 308 im ersten Halbjahr 1922. Die Todesfälle an Kindbettfieber stiegen ebenfalls von 1024 auf 1138.

Die Ausgrabungen der David-Stadt. Die Grabungen, die Prof. Macalister auf dem Hügel von Daphn in Jerusalem, der biblischen David-Stadt unternimmt, haben jetzt zu wichtigen Ergebnissen geführt. Es ist ein Feld von etwa 2000 Quadratmeter, eine der Terrassen, in denen die Bergabgänge zu dem Abirontal heruntergehen, und bietet dem Auge nichts von der Erinnerung an eine große Vergangenheit. In den oberen Schichten wurden bei den Grabungen zunächst Spuren einer byzantinischen und dann einer römischen Straße aus dem ersten vorchristlichen Jahrhundert aufgedeckt. Bei den tieferen Grabungen ist es aber nun Macalister gelungen, die nordliche Stadtmauer der Jebusiter mit dem Turm freizulegen. Er ist also bis zu jener Siedlung vorgedrungen, die die Jebusiter etwa um 1000 v. Chr. besetzt hatten und die König David eroberte. Er wandelte dann diese Feste mit Namen „Millo“ in seine eigene Burg um und, wie es in der Bibel heißt, „wohnte in der Feste und nannte sie die Stadt Davids“.

Vorträge. Die Studiengesellschaft für Märkische- und Finanzreform, Berlin, veranstaltete am 12. d. M., 8 Uhr, Sommerfr. 4a, eine Tagung über die Auswertung der Oppositionen. Das Referat hatte Staatsminister a. D. Dr. Düringer und Staatssekretär a. D. Mügel. Der Eintritt ist frei!

Für die Oper am Königsplatz wird beachtet, bei genügender Beteiligung unter den gleichen Bedingungen wie für die Staatsoper ein tägliches Abonnement ab 1. Januar anzugeben und zwar für Parkett und 1. Ring. Die Preise werden sich im allgemeinen den Preisen der Staatsoper anschließen. Anträge sind bis 15. d. M. an die Generalverwaltung der Staatsoper, Dorothienstr. 3, zu richten. Mündliche Auskunft im Zimmer 48.

Eine Prämie für die Bekämpfung der Krebskrankheit. Eine amerikanische Dame, Art. Nordholt-Hoang, hat eine Prämie von jährlich 500 Dollars gestiftet für den Wissenschaftler, der sich im Laufe des Jahres um die Krebsforschung besonders verdient gemacht hat. Die zum Schicksal erkrankte medizinische Fakultät der Universität München hat die Prämie für dieses Jahr dem dänischen Professor Dr. Fibiger verliehen.

Russische Hilfe. Das von russischen Gelehrten gebildete Hilfskomitee für deutsche Gelehrte verhandelt mit den russischen Wirtschafts- und Kulturministerien über die Einleitung deutscher Fachleute nach Rußland. Einige deutsche Gelehrte sind bereits auf Einladung des Obersten Volkswirtschaftsrates und der Universitäten eingetroffen. Der Verband russischer Gelehrten hat eine fünfprozentige Gehaltsabgabe zugunsten der deutschen Kollegen beschlossen. Dgr.

Vorratsfeinde.

Vor dem Krieg war es der Wunsch jeder sorgsam Hausfrau, eine volle Speisekammer zu haben oder wenigstens im bescheidenen Küchenspind die nötigsten Vorräte bereithalten zu können. Als der Krieg uns die Nahrungsmittelknappheit brachte und die Wertvermehrung dazu kam und jeder nach Kräften „sich einzudecken“ suchte, wurde die Vorratswirtschaft als Hamfleiße gebrandmarkt. Die Bevorzugten, die das nötige Kleingeld hatten, um ihre Küchenspinde und Speisekammern, ihre Wäschekisten und Kleiderpinde zu füllen, haben gewiß nicht immer nur Freude an all den Schätzen gehabt. Man darf vermuten, daß in so manchem Haushalt am Wehl die Milben sich labten und in den Wollstoffen die Motten nisteten, während ärmere Leute hungerten und froren. In der Kriegszeit wurden aber auch in den Speichern, wo für Heer und Bevölkerung die Vorräte lagerten und der Verteilung harriert, von Schädlingen schlimme Vermütungen angerichtet und bedeutende Werte vernichtet. Demals erhielt die Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft den Auftrag, nach Weihen zum wirksameren Schädlingsbekämpfung zu suchen, und die weitere Entwicklung führte dann dazu, daß 1920 ein eigenes Laboratorium für diesen Zweck geschaffen wurde.

Was dort seitdem erreicht werden konnte, zeigt eine Ausstellung von Speicher- und Haushaltsschädlingen, die in der Biologischen Anstalt (Dahlem-Dorf, Königin-Luise-Str. 19) am Montag eröffnet wird. Die Ergebnisse der geleisteten Forstschädlingsbekämpfung sind heute nicht weniger wichtig, als sie es in der Kriegszeit sein mußten. Dr. Jacher, der Vorsteher des Laboratoriums, der die Ausstellung organisiert hat, schätzt für Getreide und Kartoffeln den Verlust durch Schädlinge auf 10 Proz. Diese bedeutende Nahrungsmittelmenge könnte uns erhalten bleiben, wenn ein voller Erfolg der Schädlingsbekämpfung erreicht würde, und wir wären dann weniger auf Einfuhr aus anderen Ländern angewiesen. Die Ausstellung soll bessere Kenntnis der Schädlinge in der Bevölkerung verbreiten, nicht nur in den Kreisen der beruflich mit der Lagerung von Lebensmitteln beschäftigten Personen und Behörden, sondern auch in jeder einzelnen Haushaltung. Alle wichtigen Schädlinge sind dort zu sehen, viele in den verschiedenen Entwicklungsstufen; auch sind Proben der von ihnen angerichteten Verwüstungen ausgestellt und meist die Mittel zur Bekämpfung angegeben. Getreide, Mehl und Weizen, Graupen und Reis, Suppenwürfel, Hülsenfrüchte, Backobst, Tabak und Tabakwaren, Speck, Wurst und Käse, Kakao und Schokolade, Kaffee und Gewürze werden von Schädlingen allerlei Art ausgefressen. Die Ausstellung zeigt Mehlwürmer, Wehlkäfer, Rismotten, Kornkäfer, Brotkäfer, Erbsen-, Bohnen- und Linienkäfer, Nigeltensler, Speckkäfer, Käsefliegen, Dörrschimmeln, Kakaomotten, Kaffeeläusen und andere Nahrungsmittelschädlinge. Es fehlt auch nicht die gefährlichste Kleidermotte und verschiedene Arten von Holzläusen, die das Gehölz alter Häuser germinieren. Seit dem Kriege, der die Saniertheit in mancher Bäderei verringert hat, ist eine starke Wehrung der Mehlmotte in Bädereien beobachtet worden. Holzläuse verursachen vor einigen Jahren in einem alten Hause der Borochialstraße den Einsturz von Dachgebälk, das sie völlig zerfressen hatten. Auch Ameisen, die sich in Häusern einnisteten, haben schon Balken so zerfressen, daß Einsturzgefahr drohte. Das Laboratorium der Biologischen Anstalt dient mit Rat und Tat zur Schädlingsbekämpfung den Landwirtschaftsbeamten, Tabakhändlern usw. und wird häufig von ihnen in Anspruch genommen.

Die Ausstellung bleibt geöffnet in der Woche vom 10. bis 15. Dezember von 10 bis 12 Uhr und von 4 bis 6 Uhr. Am Mittwoch, um 5 Uhr, wird Dr. Jacher dort einen Vortrag halten. Der Eintritt zur Ausstellung und zum Vortrag ist unentgeltlich.

Ärzte und Krankenkassen.

Einer Vorlesung von maßgebender Stelle zum Arztkonflikt entnehmen wir folgendes:

Friedensleistungen sind infolge der Gesundheitsverhältnisse auch in der Krankenversicherung nicht mehr möglich. Strengste Sparsamkeit machte sich schließlich als einziger Ausweg notwendig, wurde aber nicht geübt. Deshalb verordnete die Reichsregierung Ende Oktober den Personalabbau in der Krankenversicherung im gleichen Verhältnis wie in der Beamtenchaft, Beschränkung der ärztlichen Versorgung auf das Notmaß, Belastung der Versicherer mit einem Teil der Kosten und Verdrängung des Apothekerstandes durch freien Wettbewerb im Verkehr mit den Krankenkassen. Die Kassenzurückstellungen in dieser Verordnung gefährden für ihre berufliche Freiheit und Schritte zur offenen Aufhebung durch Kündigung ihrer Verträge mit den Kassen. Wenn der Kassenzurückstellung auch keineswegs im ganzen Maße durchgeführt ist, so sind doch an vielen Orten die Ärzte dazu übergegangen, auch Besuche nur als Privatpatienten zu behandeln, ja in manchen Orten, wie in Schwerin und Umgebung, werden Kassenzurückstellungen überhaupt nur bei unmittelbarer Lebensgefahr oder bei schwerem Unfall behandelt. Anderswo wird von Kassenzurückstellungen noch ein Aufschlag auf die üblichen Gebühren gefordert. Nun sind die Forderungen der Ärzte im wesentlichen berücksichtigt durch die Richtlinien des Reichsarbeitsministers vom 22. und 26. November und durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. November. Die Befugnis der Krankenkassen zur Aufhebung von Richtlinien ist aufgehoben, die Kündigung nur zulässig bei wiederholter und schwerwiegender Verletzung kassenärztlicher Pflichten und sie wird erst wirksam mit der Entscheidung eines paritätisch zusammengesetzten Ueberwachungsausschusses. Trotz der Befreiung derjenigen Bestimmungen, gegen die sich die Ärzte wandten, dauert der vom Beipziger Ärzteverband ausgehende Kampf fort und in ärztlichen Rundgebungen wird die Befreiung der Schwerpunkte sogar verworfen.

Der Reichsausschuss, in dem Ärzte und Kassen gleich stark vertreten sind, ist die gesetzliche Einrichtung für den Interessenausgleich. Seine Tagung vom 29. November wurde jedoch durch Fernreden der Ärzte vereitelt. Bei den Ärzten liegt es, den Zusammentritt des Reichsausschusses durch Abordnung von Vertretern möglich zu machen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Regensburger Ausgabe des „Vorwärts“ vom 5. Dezember enthält einen ganz einseitig gefälschten Bericht über die Versammlung des sozialistischen Ärztevereins vom Sonntag abend. Es werden sowohl die Ausführungen des Referenten Genossen Dr. Stutz wie die der meisten Diskussionsredner, soweit sie selbst Kassenzurückstellungen sind, völlig verschwiegen. Diese stellen sich im Kampfe gegen die Kassenorganisation einmütig auf die Seite der ärztlichen Organisation. Ebenso sprachen die Vereinsmitglieder in der Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit ihr volles Einverständnis mit der Erklärung des Vereinsvorstandes aus, die am 30. November im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Alle sozialistischen Ärzte wünschen dringend die Aufrechterhaltung und den Ausbau der sozialen Versicherung und wissen sich dabei im Einklang mit der Leitung der ärztlichen Organisation. Das hatte ja auch der Vorstand in seiner Erklärung deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Wir müssen aber das schärfste betonen, daß unser Platz im Kampfe um das soziale Versicherungswesen immer auf der Seite der Profiarbeiter, aber durchaus nicht immer an der Seite der Krankenkassenverwaltungen sein muß. Liegt denn deren Politik stets im Interesse der Versicherten? Mühen —

Arbeiterwohlfahrt und Volksnot.

Eine Glendstagnation in Köln.

Im Kölner Rathaus waren am gestrigen Sonntag die Vertreter der Arbeiterwohlfahrt von Rheinland und Westfalen zusammengetreten, um zu wichtigen Organisationsfragen Stellung zu nehmen. Nachmittags fand im Kölner Rathaus im Beisein von Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, der internationalen Vereinigung der Kinderhilfe und anderer Hilfsorganisationen eine eindrucksvolle Kundgebung statt, die sich hilfesuchend an alle Kulturländer der Welt richtet und von dem entsehligen Glend des deutschen Volkes besonders im besetzten Gebiet Zeugnis ablegt. Zu der Kundgebung hatten Vertreter entsandt die Stadt Köln, der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Köln, die Interalliierte Rheinlandkommission, der englische Bezirksbelegierte und der Kölner Polizeipräsident. Auch die ausländische Presse war zahlreich vertreten.

Die Kundgebung wurde von Frau Reichstagsabg. Marie Juchacz, der Vorsitzenden des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, eröffnet und geleitet. Die Rednerin wies einleitend auf die gewaltige seelische und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes hin. Es sei unmöglich geworden, diese Not nur durch behördliche Einrichtungen oder durch Selbsthilfeorganisationen allein zu bekämpfen. Man müsse an das Gewissen der Welt appellieren, wenn nicht in diesem Winter in Deutschland ungezählte Menschen hungern und frierend zugrunde gehen sollen. Siebzug bis neunzig Prozent der Arbeiterbevölkerung in den einzelnen Städten seien seit Wochen arbeitslos, hunderttausende von Kindern seien frühzeitiger Krankheit und frühem Sterben entgegen. Die Arbeiterwohlfahrt, die als Organisation der Arbeiterkraft auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebaut sei, habe getan, was getan werden konnte, um die Not zu lindern, aber alle Anstrengungen reichten nicht aus, um die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des hungernden deutschen Volkes zu erfüllen. Die ganze Kulturwelt müsse aufgerufen werden, um das entsehlige Glend, das in Deutschland vorhanden sei, lindern zu helfen.

Den Hauptvortrag hielt der Kölner Stadtarzt Dr. Braumbach, der ein erschütterndes Bild deutscher Wirtschaftsnot gab. Einleitend betonte der Redner, daß mit der Wohlfahrtsarbeit in der Vorkriegszeit verheißungsvolle Ansätze geschaffen worden seien, die durch den Krieg allerdings jäh unterbrochen wurden. Die gesundheitliche Lage des deutschen Volkes habe sich in der Kriegszeit so rapide verschlechtert, daß man ohne Uebertreibung behaupten dürfe, daß die Mehrheit des deutschen Volkes gesundheitlich auf das schwerste gefährdet sei. Reich, Länder und Kommunen sind so arm geworden, daß sie an ihren Wohlfahrtsanstalten stark abbauen mußten. Man gebe sich in sozialhygienischen Kreisen kaum noch der Hoffnung hin, die Zahl der durch soziale Ursachen krank Gewordenen wesentlich herabmindern zu können; man sei schon zufrieden, wenn es gelingt, den Grad der Ausbreitung der Volkstrankheiten einigermaßen einzuschränken. In den Nachkriegsjahren habe besonders die Zahl der

Tuberkulose-Erkrankungen verhängnisvoll zugenommen. Auch die Infektionsgefahr sei wesentlich größer geworden. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sei die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen in Deutschland um fünfzig Prozent höher gewesen als in den vorhergehenden Jahren. Zwar habe man versucht, die Volksheute Tuberkulose mit sozialhygienischen Maßnahmen zu bekämpfen; Heilstätten und Sanatorien ständen den Kranken offen. Aber nicht alle, die es notwendig haben, könnten in

um nur ein einziges Beispiel anzuführen — in Berlin 350 verschiedene Krankenhäuser bestehen? Könnten nicht durch Zusammenfassung derselben an dem riesigen Verwaltungsapparat bedeutende Ersparnisse gemacht werden, die den Versicherten zugute kämen? Obensowenig würde die Entredung der Ärzte, wie sie durch die Reinerordnung des Reichsarbeitsministers vom 30. Oktober beachtlich war, sich zum Besten der Versicherten auswirken, bedarf vielmehr gerade in diesem eigenen Interesse einer energischen Abwehr. Darum verwarfen sich die sozialistischen Ärzte dagegen, in dem Kampfe gegen die Reinerordnung der Kollegenschaft in den Rücken zu fallen und erwarten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, denen doch der Organisationsgedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist, unseren Standpunkt verstehen und billigen.

Im Namen dieser sozialdemokratischen Kassenzurückstellungen: Friedberg, Kollwitz, Stutz, Wogodjinski.

Burschen in Mädchenkleidern.

Kazzia und Festnahme von 32 „Transvestiten“.
Eine groß angelegte besondere Kazzia veranstaltete die Kriminalpolizei in der Nacht zu Sonntag an verschiedenen Stellen in Groß-Berlin. Veranlassung dazu gab das Treiben von jungen Burschen in Mädchenkleidern, sogenannten Transvestiten, das sich immer mehr breit machte und immer widerwärtiger wurde. Beim Polizeipräsidium gingen viele Klagen ein, daß sich an gewissen Stellen der Stadt abends und nachts ein anständiger Mensch vor etelhaften Belästigungen durch Leute dieser Art nicht mehr retten könnte. Treffpunkte dieser Gesellschaft sind u. a. der Poissdamer und der Anhalter Bahnhof, auch der Bahnhof Friedrichstraße, mit ihrer Umgebung, und besonders die in ihrer Nähe gelegenen Bedürfnisanstalten, nicht minder aber auch die Postkassen unter den Linden und andere Stellen der Friedrichstadt. Die Kazzia wurde bis in die ersten Morgenstunden ausgedehnt, weil sich die Transvestiten abends in den Lokalen aufzuhalten und erst nach deren Schluß in den frühesten Morgenstunden in den Wartesälen usw. ihr Stelldichein zu geben pflegen. Insgesamt wurden nicht weniger als 32 Personen aufgegriffen und nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo der Erkennungsdienst mehrere Gesichte erkannte.

Weihnachtsmesse der Kleinrentner.

Trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnis herrscht noch Arbeitsfreude und Erfindungsreichtum, das gemahnt man auf der Weihnachtsmesse der Kleinrentner, die vom Bezirksamt Prenzlauer Berg, Danziger Str. 64, abgehalten wird. Mit viel Gleich wurden dort nützliche und Ziergegenstände zusammengetragen. U. a. sieht man selbstgefertigte Puppenstuben, die auf ihre Art der Wohnungsnot abhelfen. Die ganze Einrichtung ist nämlich in einem Kasten mit hochklappbarem Boden hineingearbeitet worden. Auf diese Weise kann das Kind nach dem Spiele die völlig eingerichtete Puppenstube gleich einem Karton irgendwo verstauen. Ebenso erblickt man Puppentheater, Bücher, gewaltige, gedruckte und gestickte Bilder, Gobelins und gehandarbeitete Kissen und Decken in Hülle und Fülle. Dauerhafte Strickwaren lieferte das Kleinrentner-

die Heilstätten geschickt werden. Das soziale Glend schreidt besonders die Arbeiter vor notwendigen Kuren in solchen Anstalten zurück. Neben der Tuberkulose seien auch in dem Deutschland der Nachkriegszeit sonstige durch Not und Glend hervorgerufene schwere gesundheitliche Schäden zu konstatieren. Ein Blick auf unsere Schuljugend genügt, um festzustellen, wie stark die Degeneration und wie rapide die Unterernährung zunimmt. Die Schulärzte, die beruflich die Schulkinder zu untersuchen haben, finden überall das gleiche entsehlige Bild: rachitische Körper, unentwickelte Muskulatur, krumme Beine, müde, glanzlose Augen. Man brauche kein Prophet zu sein, um vorzusagen, daß eine solche Jugend, die unter so ungünstigen sozialen Verhältnissen heranwächst, später im wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht jene Leistungen hervorbringen werde, die notwendig sind, um die deutsche Wirtschaft wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zurückzubringen. Herr Dr. Braumbach schildert im einzelnen die Ergebnisse seiner schulfürärztlichen Tätigkeit, die ihm geradezu wirtschaftlich entsehlige Bilder aufgezeigt hat. So haben

Kundfragen in Kölner Schulen ergeben, daß ein Drittel aller befragten Kinder seit Monaten kein Fleisch mehr gegessen haben. Auch die Wohnungsverhältnisse in Köln, die ebenfalls die gesundheitliche Lage der Bevölkerung stark beeinflussen, haben sich in der Nachkriegszeit außerordentlich stark verschlechtert. Die Wohnungspflege hat fast stillstehen können, daß annähernd tausend Wohnungen, die nur einen Raum haben, in Köln von mehr als zwei Personen bewohnt werden. Der Kölner Wohnungsfürsorge sind hunderte Fälle bekannt, in denen Personen, die an offener Tuberkulose erkrankt sind, mit gesunden Personen zusammenzulesen müssen. Die privaten Wohlfahrtsorganisationen kämpfen gegen diese Zustände einen Kampf der Verzweiflung. Man wisse, so schloß der Redner seinen Vortrag, daß das ungeheure Glend und die entsehlige Not nicht von heute auf morgen beseitigt werden können, aber man wolle lindern und man könne helfen. Darum sei die Mitarbeit aller, die guten Willens seien, erforderlich. Der Vortrag klug an in einen dringenden Hilferuf an die ganze Welt. Der Vertreter der Stadt Köln, Bürgermeister Billstein, schilderte die Not in Köln. Einschließlich der Kurzarbeiter sind noch arbeitslos 130 000 Menschen, die 175 000 Angehörige zu ernähren haben. Hinzu kommen noch 14 000 Armenunterstützte, 8000 Sozialrentner, 3000 Kleinrentner und 15 000 Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Das sind insgesamt rund 350 000 Menschen, mehr als die Hälfte der ganzen Kölner Bevölkerung, die aus öffentlichen Mitteln notdürftig unterstützt werden müssen.

Vertreter von Duisburg, Rains, Hörde, Wachen und Siegburg entwarfen ähnliche Bilder von den Verhältnissen in ihren Orten.

In ihrem Schlußwort sagte Genossin Juchacz nochmals alle Schädigungen zusammen und betonte, daß nur die äußerste Not diesen Hilferuf an das Ausland veranlaßt habe. Sie gab dann noch einige Zahlen bekannt, aus denen hervorgeht, wie groß das Glend im besetzten Gebiet ist. So sind in Duisburg 53 Proz. der Bevölkerung von der Höhe aus öffentlichen Mitteln erfasst, in Rains sind es 40 Proz., in Düsseldorf und Dorimund je 72 Proz., in Krefeld gar schon 79 Proz. Wenn das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet nicht bald wieder in Gang kommt, dann werden diese Ziffern sehr schnell weiter anschwellen. Mit einem herzlichen Dank an die Vereinigung der Freunde (Quäker), die schon seit Jahren das deutsche Volk in selbstloser Weise unterstützt, verband die Rednerin zum Schluß nochmals den dringenden Appell an das Ausland, dem deutschen Volke in seiner Not zu helfen.

heim in der Greifswalder Straße. Die ganze Messe, auf der schätzenswerte Artikel zu erschwinglichen Preisen feilgeboten werden, ist großzügig bei bemerkbarer Luft, Liebe und Fürsorge aufgebaut worden. Am Sonntag fand bei brennenden Weihnachtsbaumlichtern die Eröffnungsfesterei statt. Die Einweihungsrede hielt Bürgermeister John, der ausführlich von dem Kleinrentnerheim sprach und besonders betonte, daß auf dieser Messe keine toten Gegenstände zum Kauf angeboten würden, sondern daß die Verkäufer zu jedem Stück in Fühlung ständen. Es handelte sich oft um Teile alten, lieb gewordenen Hausrats, mit denen der Verkäufer ein Stück von seinem Herzen weggebe. Wer hier laufe, durchstötte zweimal das Glück des Lebens, einmal beim Kauf und das zweitemal, wenn er den gelauften Gegenstand verkenne. Gleich nach der Eröffnung setzte ein reger Umsatz ein, der für die Kleinrentnermesse den allerbesten Erfolg erwarten läßt.

BetriebsEinstellung des Krematoriums Baumshulenweg?

In der Bezirksverordnetenversammlung des 15. Verwaltungsbezirks wurde vorgebracht, daß der Magistrat Berlin die Abfall haben soll, das Krematorium auf dem Gemeindefriedhof in der Riesholzstraße zu schließen, also Verbrennungen nur noch in der Gerichstraße stattfinden zu lassen. Diese Maßnahme würde um so ausführlicher sein, als der Betrieb im Baumshulenweg Krematorium großen Umfang angenommen hatte. Die Versammlung legte gegen die BetriebsEinstellung, wenn sie tatsächlich beabsichtigt sein sollte, Protest ein.

Tod des Unterwachmeisters Kattisch. Der während einer nächtlichen Schieberei mit Eindrehern auf dem Reitelbeplatz zusammen mit dem Unterwachmeister Schulz schwer verletzte Unterwachmeister Kattisch ist heute morgen seinen Verletzungen im Staatskrankenhaus erlegen. Unterwachmeister Schulz befindet sich noch immer in Lebensgefahr.

Die Bureaus und Kassen der Reichshauptbank werden am Montag, den 24. Dezember d. J., den ganzen Tag geschlossen sein.

Belegschaftsausgang Groß-Berlin. Die Kreisleiter werden bringen werden, die Karten zur Feierstunde für die erwerbslosen Mitglieder unserer Partei abzuholen. Ueber Karten, die bis Dienstag, den 11. Dezember, nicht abgeholt sind, wird anderntellig verfügt.

Im Bund Entschlossener Schulreformer sprechen am Montag, 10. Dezember, abends 8 Uhr: Emma Schumacher im Berner-Siemens-Meal-gannsaal über „Arbeits“, Dienstag, 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Bohn über „Wellausstattung und Schule“, Mittwoch, 12. Dezember, abends 8 Uhr, legt Bohn seinen Vortrag über „Psychologie der Kinderarbeit“ fort. Karten in der „Werkfreude“, Magdeburger Str. 7, und im Vortragssaal, Nohren-Rausenstraße 47/48.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

71. Abt. Jellendorff. Die Mitgliederversammlung am Dienstag fällt aus und findet daher am Mittwoch, den 12. Dez., abends 7 1/2 Uhr, im „Lindenbaum“, Berliner Str., statt. Vortrag des Stadtrats Gen. Formann: „Erwerbslosigkeit und Beamtentabau“.

Achtung! Erwerblose Genossinnen u. Frauen erwerbloser Genossen! **Verammlung** Dienstag, den 11. Dezember, mittags 1 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Vortrag der Genossin Bohn-Schuch, W. d. R.: „Das Schicksal der erwerblosen Frauen“. ♦ ♦ ♦ Mitgliedsbuch legitimiert!

